

Möglichkeiten und Methoden politischer Beteiligung

Von Katrin Matuschek & Julia Heyl

Überblick

Politische Partizipation und politisches Engagement sind Voraussetzung und wesentliches Merkmal einer funktionierenden und lebendigen Demokratie. Doch welche Möglichkeiten und Formen politischer Partizipation gibt es und mit welchen Methoden können Bürger_innen besser beteiligt werden? Diese **MuP-Praxishilfe** stellt Möglichkeiten und Methoden politischer Beteiligung vor und zeigt auf, wie diese Verfahren in der Praxis erfolgreich umgesetzt werden.

Inhaltsverzeichnis

[Möglichkeiten und Formen der politischen Partizipation](#)

[Modelle und Methoden für die Bürger_innenbeteiligung](#)

[Quellen und Verweise](#)

Möglichkeiten und Formen der politischen Partizipation

Das Spektrum der Möglichkeiten der politischen Teilhabe reicht von der Teilnahme an Wahlen, über die Mitgliedschaft in Parteien, bis hin zu politischen Aktionen und E-Partizipation.



Im Folgenden möchten wir Ihnen die einzelnen Formen kurz erläutern.

Teilnahme an allgemeinen Wahlen

Die am meisten genutzte Form der politischen Beteiligung stellen allgemeine Wahlen dar: Alle vier Jahre können die Bürger_innen der Bundesrepublik die Abgeordneten des Bundestags neu wählen, hinzukommen Wahlen auf Europa-, Landes- und Kommunalebene. Seit der Gründung der BRD 1949 stieg die Wahlbeteiligung stetig an und war bei den Wahlen von 1972 und 1976 auf einem Niveau von mehr als 90 Prozent. Seitdem ist sie wieder gesunken und bewegte sich meist um etwa 80 Prozent, wobei die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern etwas niedriger ist, als in den alten. Zudem ist die Beteiligung an Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen durchgängig geringer als an nationalen Wahlen.

Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen

Neben der Möglichkeit des Wählens ist auch die Mitarbeit oder Mitgliedschaft in einer der Parteien oder in sonstigen, politisch aktiven Organisation eine Form der politischen Teilhabe. Parteien sind ein wichtiges Instrument zur Bündelung und Vermittlung von politischen Interessen und Zielen, sowohl von Einzelpersonen, als auch von Gruppen. Es ist jedoch zu beobachten, dass die Parteien-Mitgliedschaftszahlen seit Mitte der 70er Jahren in fast allen Parteien ständig sinken, und sich immer weniger Menschen für eine Mitgliedschaft in einer Partei entscheiden wollen oder sogar Mitgliedschaften beenden. Forschungen haben ergeben, dass Menschen sich zunehmend zeitlich begrenzt und für bestimmte politische Zwecke zusammenschließen und organisieren.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid/Volksentscheid

Der Bürgerentscheid ist eine Abstimmung über einen spezifischen Politik Sachverhalt und ist aus dem Instrumentarium der direkten Demokratie entnommen. Ein Bürgerentscheid wird dann zur Abstimmung gebracht, wenn durch ein Bürgerbegehren eine Mindestanzahl von Unterstützungsunterschriften wahlberechtigter Bürger_innen gesammelt werden können. Der Volksentscheid ist die Entsprechung auf Bundesebene.

Volksentscheide auf Bundesebene sind in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel jedoch nicht vorgesehen (nur bei einer Neugliederung des Bundesgebietes und auch nur in den betroffenen Ländern).

Beispiel: Berliner Energie-Bürger_innenentscheid

In Berlin konnten 2013 im Rahmen eines Bürger_innenbegehrens 227.748 gültige Zustimmungserklärungen für einen Bürger_innenentscheid über die Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung gesammelt werden. Die Anzahl von ca. 173000 Unterschriften wurde damit übertroffen, und ein Bürger_innenentscheid fand statt. Bei der Abstimmung stimmten 83% aller abgegebenen Stimmen für den Gesetzentwurf. Dennoch verfehlte er mit 24,1% jedoch das erforderliche Quorum von 25% aller Stimmberechtigten knapp und wurde somit nicht angenommen.

Bürger_inneninitiativen

Bürger_inneninitiativen sind häufig parteiunabhängige Interessenvertretungen und gründen sich meist auf kommunaler Ebene und haben ähnlich wie der Bürger_innenentscheid ein konkretes politisches Anliegen. Sie wollen zunächst die Öffentlichkeit auf ihr Anliegen aufmerksam machen, häufig sind sie die Initiatoren von weiteren basisdemokratischen Referenden wie Bürger_innenbegehren und Bürger_innenentscheide.

Beispiel: Stuttgart 21

Die bekanntesten Bürger_inneninitiativen sind meist solche, die sich im Rahmen von geplanten Infrastrukturprojekten formieren, und mehr Mitsprache und frühe Miteinbeziehung in die Planung fordern, oder sich ganz gegen das Projekt richten. Enorme mediale Aufmerksamkeit hat die Initiative „Leben in Stuttgart“ erhalten, die zusammen mit anderen Interessensverbänden die Proteste gegen das Verkehrs- und Städtebauprojekt zur Neuordnung des Eisenbahnknotenpunkts in Stuttgart organisierte.

Petitionen: Bürger_innen können in Form einer Petition eine Eingabe oder auch Bittschrift an zuständige Stellen oder den Bundestag richten. Der Petitionsausschuss im deutschen Parlament prüft die Eingaben, und kann den Bundestag auffordern, sich der Petition anzuschließen.

Gerade durch das Internet und Formen der E-Partizipation (s.u.) sind Petitionen eine Form der politischen Beteiligung, die sich zunehmend großer Beliebtheit erfreuen, da die Verbreitung und Unterzeichnung von Petitionen durch das Internet, die sozialen Netzwerke und Plattformen wie e-petition unkompliziert und zeitsparend erfolgen kann.

Beispiel: Petition gegen Internetzensur

Die Initiatoren einer **Petition gegen die Indizierung und Sperrung von Internetseiten** sahen mit einem Gesetzentwurf, der vorsah jugendgefährdende Internetseiten sperren zu lassen, das Grundrecht auf Informationsfreiheit gefährdet. Die Petition konnte 2009

133778 MitzeichnerInnen mobilisieren. Aufgrund der hohen Beteiligung an der Petition und den vielen eingegangenen Diskussionsbeiträgen wurde eine erneute Prüfung des Gesetzes veranlasst, und im darauffolgenden Gesetzgebungsverfahren wurde dem Anliegen der Petition entsprochen.

Beteiligungen in der Kommune

Die Kommune ist der zentrale Ort für die Beteiligung von Bürger_innen. Dies kann je nach Gemeindegröße und Gemeindeordnungen bzw. Kommunalverfassungen der Länder, sowie nach der Entscheidung der zuständigen Gemeindevertretung z.B. in folgender Form erfolgen:

Bürger_innenhaushalt

Der Bürger_innenhaushalt versucht dem Missstand der fehlenden Vermittlung von Haushaltsentscheidungen an die Bürger_innen zu begegnen, indem es die Betroffenen einlädt, sich von Vorneherein an Haushaltsentscheidungen zu beteiligen. Bürger_innenhaushalte können Rückhalt für Haushaltskonsolidierungen in der Bevölkerung bewirken, und zu Entscheidungen führen, die den Prioritäten der betroffenen Bürger_innen entsprechen. Zudem kann diese Form der Beteiligung Vertrauen zwischen der politischen Klasse und den Bürger_innen (wieder)herstellen.

Zum Beispiel des **Bürger_innenhaushalts „Solingen spart!“** siehe weiter unten bei „E-Partizipation“.

Beiräte

Um bestimmten Bevölkerungs- und Betroffenenengruppen eine Stimme in der Kommune zu geben und der Verwaltung oder dem Gemeinderat sachkundige Beratung zu ermöglichen, gibt es die Möglichkeit, Beiräte einzurichten. Die Beiräte haben meist beratende Funktion und wenig Entscheidungsbefugnisse oder Kontrollfunktionen. Die Mitgliedschaft in einem Beirat kann auch der Einstieg in ein breiteres politisches Engagement sein. Es gibt z.B.

- ◆ Ausländer_innenbeiräte
- ◆ Behindertenbeiräte
- ◆ Senior_innenbeiräte
- ◆ Stadtentwicklungsbeiräte
- ◆ Gestaltungsbeiräte

Bau- und Planungsrecht

Das Bau- und Planungsrecht sieht weitreichende Möglichkeiten für Bürger_innen-Beteiligung vor. So muss die Öffentlichkeit über größere Vorhaben informiert werden, kann Einsichtnahme beantragen und Stellungnahmen abgeben.

Politische Aktionen

Politische Aktionen können in sehr unterschiedlicher Form erfolgen, und dienen meist der Öffentlichmachung von Missständen und sind fast immer mit einem spezifischen politischen Sachverhalt verknüpft. Die politische Aktion findet normalerweise außerhalb der vorgegebenen Beteiligungsverfahren statt und ist durch verschiedene Grundrechte, wie z.B. das Recht auf Versammlungsfreiheit, abgesichert.

Die klassischste Form der „politischen Aktion“ ist die **Demonstration oder Kundgebung**. Daneben gibt es weitere Formen, wie z.B. Petitionen, Bündnisse, Medienkampagnen, Streiks, Mitarbeit in Bürgerinitiativen etc..

Beispiele: Demonstrationen und Flash Mobs

Große Bekanntheit und Wirkung haben die **Demonstrationen** im Vorfeld des Falls der Mauer und der deutschen Wiedervereinigung erreicht. Den sogenannten „**Montagsdemonstrationen**“ schlossen sich von Woche zu Woche mehr Bürger_innen der DDR an und erhöhten so den Druck auf die Regierung.

Eine moderne Form der politischen Aktion ist der sogenannte **Flash Mob**. Damit sind kurze, scheinbar ungeplante Menschenansammlungen auf öffentlichen Plätzen, bei denen sich die Beteiligten nicht kennen, sich im Vorfeld meist mithilfe des Internets verabredet haben, und ungewöhnliche Dinge tun. Obwohl Flashmobs ursprünglich unpolitisch waren, werden sie vermehrt auch für politische Anliegen genutzt. So trafen sich z.B. vor den Olympischen Spielen in Peking Menschen in einer Berliner Filiale eines Sportartikelherstellers und legten sich im Geschäft schlafen, um auf die schlechten Arbeitsbedingungen in den Produktionsstätten des Herstellers aufmerksam zu machen.

E-Partizipation

Mit E-Partizipation sind die internetbasierten Möglichkeiten der politischen Partizipation gemeint. Oftmals kann unter Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie die politische Beteiligung der Bürger_innen noch erweitert und vertieft werden. E-Partizipation kann zeitlich und örtlich ungebunden stattfinden und viele Menschen erreichen. So kann Kommunikation und Austausch zwischen Politik und Bürger_innen, ebenso wie der Austausch unter den Bürger_innen ermöglicht werden. Formelle E-Partizipationsverfahren zielen meist auf Entscheidungsfindungen ab (z.B. Online-Petitionen oder internetbasierte Abstimmungen über Bauvorhaben o.ä.), während informelle Verfahren schwerpunktmäßig Diskussion und Austausch fördern, und so den Prozess der Meinungsbildung unterstützen (z.B. informelle politische Diskussionen in sozialen Netzwerken).

Beispiel: Online-Bürgerhaushalt „Solingen spart!“

Solingen spart! ist ein Projekt der Stadt Solingen zur Haushaltskonsolidierung der Stadt. Online wurden Vorschläge der Verwaltung zur Diskussion gestellt, sowie Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt. Die Diskussion wurde von professionellen ModeratorInnen begleitet, und so konnte die Haushaltsdebatte transparent und partizipativ geführt werden.

Modelle und Methoden für die Bürger_innenbeteiligung

Es gibt ein breites Instrumentarium an Methoden und Modellen um Beteiligungsprozesse zu gestalten. Die hier vorgestellten Modelle und Methoden sollen vor allem Kommunikation, Diskurs und Verhandlung ermöglichen. Welches Verfahren konkret sinnvoll ist, hängt davon ab,

- ♦ ... in welcher Phase eines Entscheidungs- und Entwicklungsprozesses die Beteiligung erfolgt,
- ♦ ...welches Ziel die Beteiligung hat,
- ♦ ...um welche „Beteiligungstiefe“ es sich handelt (Informations-, Konsultations- oder Mitbestimmungsprozess),
- ♦ ...von der Teilnehmer_innenzahl,
- ♦ ...und von der zur Verfügung stehenden Zeit.

Im Folgenden wollen wir Ihnen ausgesuchte Methoden und Modelle vorstellen, die in die unterschiedlichen Phasen des Beteiligungsprozesses bzw. Ziele der Beteiligung unterteilt sind.



Hinweis: Zur vertiefenden Lektüre der einzelnen Methoden und Modelle empfehlen wir Ihnen die Veröffentlichung: Astrid Ley & Ludwig Weitz (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30, Verlag Stiftung MITARBEIT, Agenda Transfer, Bonn 2004.

Meinungen einholen, Bürgerinnen und Bürger aktivieren

Häufig stehen Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung vor der Herausforderung, überhaupt Kenntnisse über die Meinungen der betroffenen Bürger_innen zu erlangen, bzw. diese zu einer Beteiligung zu motivieren.



Für die Praxis: Um Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren eignen sich folgende Methoden:

Aktivierende Befragung

Die aktivierende Befragung macht sich zum Anspruch völlig offen in das Gespräch mit betroffenen Bürger_innen zu gehen, und zu erfahren, welche Meinungen und Haltungen herrschen, und welche Veränderungen sich die Betroffenen wünschen. Die dahinter stehende Grundidee ist die, dass Bürger_innen sich am ehesten engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit überzeugt sind.

Im Anschluss an das aktivierende Beratungsgespräch muss den Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, sich mit anderen Betroffenen zu treffen und auszutauschen und Handlungsschritte zu entwickeln.

Bürger_innenausstellung

Die Bürger_innenausstellung möchte anhand einer visuellen Aufbereitung von Meinungen zu einem Thema den Dialog fördern und Bürger_inneninteressen an Verantwortliche aus Verwaltung und Politik vermitteln. Betroffene Bürger_innen werden zu einem Thema befragt, und Interviewausschnitte werden zusammen mit Bildern ansprechend gestaltet auf Ausstellungstafeln dargestellt. So können Konflikte identifiziert, Aktionen und Anliegen dargestellt und Dialogprozesse angestoßen werden.

Beispiel: Bürger_innenausstellung Nachbarschaft und Prostitution

Für die Bürger_innenausstellung „Nachbarschaft und Prostitution“ in Berlin Schöneberg wurden Kritiken, Ideen und Vorschläge rund um die Straßen-Prostitution im Quartier gesammelt und auf Plakaten aufbereitet. Die Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibenden und Interessierte stellen ihre Sicht der Dinge, Ideen und Lösungen dar. Die so gesammelten Meinungen und Ideen sollen diskutiert werden und schließlich wird angestrebt, eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen, sowie gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz im Quartier zu fördern.

Ideen sammeln, Kommunikation und Austausch

Der erste Schritt in einem Beteiligungsprozess ist meist zunächst, vorhandene Ideen zu sammeln, und Möglichkeiten zu Kommunikation und Austausch herzustellen. Hierfür eignen sich der Open Space und die Moderationsmethode.

Open Space

Der Open Space ist eine Konferenzmethode, die durch ihren offenen Charakter gekennzeichnet ist. Die Teilnehmenden sind die handelnden Akteure, die ihre Zusammenarbeit selbst organisieren, in unterschiedlichen Formen an unterschiedlichen Themen arbeiten und ihre Ergebnisse vorstellen. Nur Ort und zeitlicher Rahmen, sind vorgegeben.

Moderationsmethode

Auch die Moderationsmethode setzt auf die vorhandene Expertise der Teilnehmenden. Ein_e Moderator_in bittet die Teilnehmenden kurze Statements auf Karten zu schreiben (Kartenabfrage), und ermöglicht so ein kurzes Brainstorming ohne Diskussion. So hat jede/r die Möglichkeit sich einzubringen. Anschließend werden die Statements vorgestellt und für jeden sichtbar angebracht, unter Umständen auch schon thematisch zusammengefasst (geclustert). Auf Grundlage dieser so entstandenen Visualisierung der Themen kann nun die Diskussion verlaufen, gegebenenfalls können so auch schon Lösungen gesammelt oder Aufgaben verteilt werden. Die Moderation zeichnet sich durch die Fähigkeit aus, das vorhandene Wissen zu kanalisieren und fruchtbar zu machen, und gleichzeitig ausschweifende Diskussionen einzugrenzen.

World Café

Die World Café Methode bietet die Möglichkeit, das vorhandene Wissen der Teilnehmer_innen zu bündeln, und gemeinsame kreative Lösungen auf Fragen zu finden.



Hinweis: Eine detaillierte Beschreibung des World Café und der Open Space Methode finden Sie in unserer **MuP-Praxishilfe** „Das World Café. Ein Partizipationsverfahren“ auf unserer MuP-Webseite unter Publikationen.

Visionen entwickeln, Zukunft gestalten

Der nächste Schritt bei Beteiligungsprozessen dreht sich um die Entwicklung Zukunftsszenarien, um zusammen Ziele zu formulieren und diese als übergeordnete Vision durch den gesamten Prozess hindurch vor Augen zu haben.

Zukunftskonferenz

Die Zukunftskonferenz ist ein sehr wirkungsvolles Verfahren um auch in Großgruppen von bis zu 80 Personen von allen herausgearbeitete, gemeinsame Leitgedanken und Ziele zu entwickeln und ganz konkrete Handlungsansätze zu formulieren.

Beispiel: Karlsruhe 2015 und 2020

Im Rahmen des Karlsruher Masterplan 2015 und des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Karlsruhe 2020 wurden in regelmäßigen Abständen im Laufe von 2 Jahren 6 sogenannte Zukunftsforen abgehalten, bei denen bis zu 130 interessierte und engagierte Bürger_innen mit Fachleuten aus den städtischen Dienststellen und Gesellschaften zu spezifischen Themen diskutieren sowie Anregungen und Ideen zur künftigen Entwicklung der Stadt geben konnten.



Hinweis: Eine detaillierte Beschreibung der Zukunftskonferenz finden Sie in unserer **MuP-Praxishilfe** „Die Zukunftskonferenz. Ein Partizipationsverfahren“ auf unserer MuP-Webseite unter Publikationen.

Appreciative Inquiry (AI)

Der Appreciative Inquiry Ansatz ermöglicht die Entwicklung von Visionen durch das Einnehmen einer wertschätzenden und positiven Haltung gegenüber dem zu bearbeitenden Thema. So können die Teilnehmenden in 2-3-Personen Gruppen sich über eine Frage austauschen, die positive Einstellungen hervorruft (z.B. »Erzählen Sie von einem persönlichen Erlebnis, das Sie so sehr mit Ihrer Stadt verbindet, dass Sie froh sind, hier zu leben oder zu arbeiten. Was hat dies wirklich ermöglicht? Was können wir daraus lernen? «) und dadurch positive Erinnerungen teilen, und sich an die „Schätze“, die im Thema stecken „erinnern“. Aus dieser Haltung heraus kann Energie und Tatkraft für anstehende Aufgaben entwickelt werden.

Konflikte bearbeiten, Standpunkte integrieren

Nicht selten kommt es im Zuge von Beteiligungsprozessen zu Konflikten, oder zumindest Meinungsunterschieden. Verschieden Methoden helfen, Konflikte zu bearbeiten und unterschiedliche Standpunkte zu integrieren.

Runder Tisch

Der Runde Tisch ist mehr eine Organisationsform als eine Methode. Durch das Zusammensitzen der betroffenen Akteure am runden Tisch soll ein hierarchiefreier Austausch geschaffen werden. Damit steht der runde Tisch für die gleichberechtigte Teilhabe der Beteiligten, die miteinander im Dialog eine von allen Seiten getragene Lösung finden. Der Runde Tisch braucht jedoch eine kompetente unparteiliche Moderation, die (u.U. auch mithilfe von Methoden) in der Lage ist, die Gespräche zielführend zu lenken.

Mediation

Die Mediation ist ein freiwilliges Verfahren der Konfliktlösung. Dabei sollen die streitenden Parteien durch die Vermittlung eines neutralen, unparteiischen Dritten – des Mediators/ der Mediatorin – darin unterstützt werden, Problemlösungen selbst zu entwickeln, die von allen Parteien akzeptiert werden. Hierzu gilt es, die Eigenverantwortlichkeit der Konfliktparteien zu unterstützen und zu fördern, indem sie selbst Lösungsoptionen erarbeiten und über diese frei entscheiden.

Planungsprozesse initiieren und gestaltend begleiten

Besteht Konsens darüber, dass etwas getan werden muss, und wurden Bürger_innen aktiviert, Ideen entwickelt, Meinungen integriert und Visionen entwickelt, geht es in die Planung. Um Planungsprozesse zu initiieren und zu begleiten können verschiedene Modelle angewendet werden.

Planungszelle

Das Verfahren der Planungszelle ist geeignet, um Themen und Probleme intensiv und verbindlich in einem für das Thema repräsentativen Personenkreis, bestehend aus Betroffenen Bevölkerungsgruppen und Expert_innen zu bearbeiten. Eine Planungszelle ist eine Gruppe von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um in Gruppen Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden in einem sog. Bürger_innengutachten zusammengefasst und den politischen Entscheidungsinstanzen als Beratungsunterlage zur Verfügung gestellt.

Beispiel: Rheinland-pfälzisches Bürger_innengutachten zum „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“

Vier Tage lang trafen sich in 162 zufällig ausgewählte Bürger_innen, um das Bürger_innengutachten „Miteinander der Generationen in einer älter werdenden Gesellschaft“ zu verfassen. Dabei wurde das heutige Verhältnis zwischen Jung und Alt bewertet und die Ängste und Hoffnungen, welche mit dem Altern verbunden sind, erhoben.



Hinweis: Eine detaillierte Beschreibung der Planungszelle finden Sie in unserer **MuP-Praxishilfe** „Die Planungszelle. Ein Partizipationsverfahren“ auf unserer MuP-Webseite unter Publikationen.

Quellen und Verweise

- ❖ Mehr Informationen zur Entwicklung der Wahlbeteiligung seit 1949 sind [hier](#) abrufbar. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Informationen zum Weiterlesen zu [Mitwirkungsmöglichkeiten in sozialdemokratischen Parteien](#) im Vergleich finden Sie in der **FES-Bibliothek**. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Weitere Informationen rund um das Thema Petitionen finden sie auf dem [Portal des Petitionsausschusses des Bundestages](#). (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Zur Bürgerbeteiligung in Kommunen empfehlen wir Ihnen die Publikation [„Gehört werden oder Mitentscheiden: Wann macht Bürgerbeteiligung in Kommunen einen Unterschied?“](#). (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Mehr Informationen zum Standortentwicklungskonzept der Stadt Karlsruhe gibt es [hier](#). (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Mehr zum Thema politische Partizipation finden Sie bei der [Bundeszentrale für politische Bildung](#). (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Wir empfehlen außerdem die Webseite [Wegweiser Bürgergesellschaft](#) der Stiftung Mitarbeit. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Mehr Information zu E-Partizipation finden Sie bei [Wikipedia](#). (zuletzt aufgerufen 2013)